



Antragsteller: Landesvorstand

Empfänger: Kleiner Landesparteitag, 28.04.2018, in Bruchsal

1 **Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!**

2 Wir sind stolz auf die Errungenschaften für unsere Arbeitsgesellschaft, die Sozialdemokratinnen
3 und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften über die vergangenen 155 Jahre
4 erkämpft haben: die Normierung der Arbeitszeit, der Kündigungsschutz, die Etablierung von
5 Betriebsrätinnen und Betriebsräten, die betriebliche Mitbestimmung und die sozialen
6 Sicherungssysteme. An diesen bewährten, sozialstaatlichen Fundamenten wollen wir auch für die
7 moderne Arbeitswelt festhalten.

8 Die Arbeitsgesellschaft von heute befindet sich in einem spürbaren Wandel. Die Struktur der
9 Arbeit verändert sich, sie wird zeit- und ortsunabhängiger, sie stellt stetig verändernde
10 Qualifizierungsanforderungen an die Beschäftigten. Es ergeben sich aber auch neue
11 Möglichkeiten für eine größere Zeitsouveränität im Leben von Familien. Gleichzeitig gibt es immer
12 neuere Produktions-, Kommunikations- und Wertschöpfungsprozesse, die traditionelle Berufe
13 verändern oder gar verschwinden lassen und neue Berufsbilder hervorbringen.

14 Eine neue industrielle Revolution, die Digitalisierung und der technische Fortschritt sind dafür die
15 wesentlichen Triebfedern. Damit einhergeht, gerade bei uns im industriell geprägten Baden-
16 Württemberg, eine neue historische Mission für die Sozialdemokratie als Partei der Arbeit und des
17 Fortschritts. Wir müssen die grundlegenden Umbrüche der digitalen Arbeitswelt verstehen, die
18 aufkommende Transformation aktiv im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
19 gestalten und dabei sozial verantwortliches Unternehmertum stärken. Und zwar so, wie es in der
20 deutschen und europäischen Industriegeschichte immer die Haltung der Sozialdemokratie war:
21 angstfrei, selbstbewusst und ohne Technikfeindlichkeit. Aber auch mit klugen Ideen für
22 Qualifizierung, Tarif- und Sozialpolitik. Für uns steht der technische Fortschritt im Dienste der
23 Gesellschaft. Er soll nicht wenigen, sondern allen Menschen nutzen!

24 **Realitätssinn und Handeln statt Panik und Verklärung für die Arbeitswelt 4.0**

25 Die Debatte um die „Arbeitswelt 4.0“ liegt in einem Spannungsfeld. Sie ist hin- und hergerissen
26 zwischen der Befürchtung vom Ende der Arbeit und der allzu optimistischen Hoffnung auf ein
27 neues Arbeitszeitalter, welches die Beschäftigten von der Fremdbestimmung zur
28 Selbstbestimmung, vom „Lohnempfänger“ zum „Unternehmer“ führt.

29 Klar ist, dass die Möglichkeiten einer digitalen Lebens- und Arbeitswelt auch neue Chancen für die
30 Gesellschaft mit sich bringen. Hierarchien können flacher werden, Erwerbsformen flexibler und

31 mobiler und die klassische Verbindung von Arbeitsplatz und Arbeit wird aufgehoben. Das Beispiel
32 Skandinavien zeigt, wie eine dynamische Mischung von Job-Training und Individualisierung der
33 Arbeit umgesetzt werden kann und Sicherheit mit Mobilität kombiniert. Es ergeben sich vielfältige
34 Arbeitsmodelle jenseits der Acht-Stunden-Logik – für alle Geschlechter.

35 Gleichzeitig gilt es, die Risiken im Auge zu behalten. Entgrenzung von Arbeit, Überforderung durch
36 ständige Erreichbarkeit und Leistungserwartung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nicht
37 gewollte Scheinselbstständigkeit und Billiglöhne sind die Schattenseiten einer modernen
38 Arbeitswelt geworden.

39 Der Rationalisierungsdruck kann sich im Zuge einer beschleunigten digitalen Automatisierung –
40 ermöglicht durch stets perfektere Algorithmen und Fortschritte in den Feldern der Robotik, der
41 Sensorik und der Datenanalytik – weiter erhöhen und nicht nur vom Fließband auf die Büroetage
42 überspringen, sondern auch Jobs im Dienstleistungssektor gefährden. Gleichzeitig geht uns aber
43 mitnichten die Arbeit aus. Den besten Schutz zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bilden auch
44 künftig wirksame Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, ein Leben lang!

45 **Digitale Bildung von Beginn an**

46 Bildung bleibt auch im digitalen Wandel der Schlüssel für Teilhabe und Souveränität. Den
47 Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels müssen sich die Bildungseinrichtungen
48 entlang der gesamten Bildungskette stellen, also Kindertagesstätten ebenso wie Schulen und
49 Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Hochschulen und Volkshochschulen. Weil
50 der digitale Wandel unser Leben und Arbeiten grundlegend verändert, kann auch das Lehren und
51 Lernen davon nicht unberührt bleiben. Das Wesen der Digitalisierung zeigt sich in Dezentralität,
52 Vernetzung und Austausch, und von diesen Prinzipien muss auch eine neue Lehr- und Lernkultur
53 geprägt sein. Motivation und Befähigung zum lebenslangen Lernen spielen eine zentrale Rolle
54 und müssen Mut machen, sich immer wieder auf Neues einzulassen. Neben den digitalen
55 Kompetenzen zu Medien, Informationen und Daten, wie sie der Kompetenzrahmen der Kultus-
56 ministerkonferenz so umfangreich wie richtig umschreibt, ist eine informatische Grundbildung
57 vonnöten, die ein Verständnis für die rechtlichen und die technischen Zusammenhänge des
58 Netzes und für die Wirkungsweise von Algorithmen und Daten ermöglicht. Um allen Menschen
59 Zugang zur digitalen Bildung zu ermöglichen, müssen sich die formalen Bildungsangebote der
60 öffentlichen Hand auch für non-formal Lernende öffnen.

61
62 Dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass mit der Überwindung des
63 Kooperationsverbots die Vereinbarung einer gemeinsamen Offensive für digitale Bildung von
64 Bund und Ländern verbunden wird. Mit dem Digitalpakt kommen Investitionsmittel des Bundes in
65 die digitale Ausstattung der Schulen, die auch in Baden-Württemberg den unterschiedlichen
66 Ausstattungsstand der Bildungseinrichtungen und die Leistungsfähigkeit der Kommunen in den
67 Blick nehmen müssen. Im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung muss die Landesregierung in
68 Baden-Württemberg Verantwortung übernehmen, für die verpflichtende Verankerung und den
69 Ausbau medien- und digitaldidaktischer Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung des
70 pädagogischen Personals, damit digitale Grundbildung und die fächerübergreifende Umsetzung
71 der digitalen Kompetenzanforderungen des Bildungsplans umgesetzt werden können. Damit der
72 digitale Wandel als Kulturwandel des Lehrens und Lernens an den Bildungseinrichtungen gelingt,

73 benötigen sie Freiräume und professionelle Unterstützung für die Schul- und
74 Organisationsentwicklung. Die Organisation der Schule und des Lehrens und Lernens muss
75 ebenso wie die Verfügbarkeit und der Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln
76 und -konzepten auf gemeinsamen, offenen Plattformen endlich gewährleistet werden. Insgesamt
77 ist in der Umsetzung der KMK-Handlungsstrategie eine konzertierte und auf Synergien bedachte
78 Zusammenarbeit unter den Ländern anzustreben.

79 Weiterbildung ist der Schlüssel, damit die Beschäftigten sich den Herausforderungen der digitalen
80 Arbeitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden Qualifikationsanforderungen
81 gerecht werden können. Der digitale Wandel verlangt neue Ansätze in der Weiterbildung.
82 Weiterbildung muss der berufsbegleitende Normalfall werden und nicht erst einsetzen, wenn
83 Arbeitslosigkeit droht oder entstanden ist. Die verschiedenen Weiterbildungsangebote in Bund
84 und Ländern wollen wir im Rahmen einer nationalen Weiterbildungsstrategie unter Einbeziehung
85 der Sozialpartner bündeln und weiterentwickeln. Wir begrüßen das im Koalitionsvertrag
86 verankerte Recht auf Weiterbildungsberatung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
87 Wird im Rahmen dieser Weiterbildungsberatung ein Weiterbildungsbedarf festgestellt, wollen
88 wir einen Rechtsanspruch auf Freistellung des Arbeitnehmers für diese Weiterbildung. Zur
89 Finanzierung eines außerbetrieblichen Weiterbildungsbedarfs wollen wir die Arbeitslosen-
90 versicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

91 **Gute Arbeit für alle im digitalen Zeitalter**

92 Wir wollen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gute Arbeit für alle als universelle
93 Grundlage für die digitale Arbeitsgesellschaft schaffen. Wenn wir die bevorstehenden
94 Herausforderungen aktiv gestalten, wird uns auch in Zukunft die Arbeit nicht ausgehen. Wir
95 stehen für eine Wirtschaftspolitik, die vorausschauend agiert und die Entwicklungen selbst
96 gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften bestimmt anstatt nur zu reagieren. Nur so können
97 wir aus technologischem Fortschritt sozialen und ökologischen Fortschritt machen. Wir wollen
98 dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von der Digitalisierung profitieren.

99 Oberstes Ziel ist es, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um gute Arbeit auch im
100 digitalen Zeitalter zu sichern, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zu fördern sowie
101 die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen zu verbessern. Dies wollen wir gemeinsam mit
102 den Sozialpartnern erreichen.

103 Auch im digitalen Zeitalter bekennen wir uns zum Produktionsstandort Deutschland. Industrielle
104 Produktion wollen wir in Deutschland erhalten und weiterentwickeln. Gerade Baden-
105 Württemberg ist als Industriestandort auf zukunftsfähige Produktionsarbeitsplätze angewiesen.

106 Im Zuge der Digitalisierung wollen wir das hohe und hochwertige Arbeitsplatzangebot in der
107 Industrie und den industrienahen Dienstleistungen sichern. Die Stärkung der Mitbestimmung zur
108 optimalen Reform der Arbeitsorganisation und -gestaltung in den Betrieben ist dabei von großer
109 Bedeutung. Nur durch Mitbestimmung können die innerbetrieblichen Veränderungsprozesse
110 sozial gestaltet und die Eigenverantwortung der Beschäftigten unter Berücksichtigung ihrer
111 individuellen Fähigkeiten weiter verbessert werden. Für Arbeiterinnen und Arbeiter in der

112 Industrie bietet die Digitalisierung große Chancen, die wir gemeinsam mit den Belegschaften und
113 ihren Betriebsrätinnen und Betriebsräten nutzen wollen.

114 Gleichzeitig wollen wir Forschung und Entwicklung am Standort weiter ausbauen. Wir wollen
115 dazu beitragen, dass unsere Industrie und unser Mittelstand bei den großen Megatrends an der
116 Spitze stehen. Dies gilt in besonderem Maße für neue Mobilitätskonzepte und die Fortsetzung der
117 Energiewende. Ebenso wollen wir auch neue innovative Wirtschaftsbereiche stärken. Dies gilt in
118 besonderem Maße für die Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Biomedizin. Hier liegen
119 einerseits große Chancen für zukünftiges Wachstum und neue Arbeitsplätze, andererseits große
120 Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Diese Chancen wollen
121 wir gemeinsam mit den Akteuren in Wissenschaft und Wirtschaft nutzen. Hierbei setzen wir auf
122 ehrgeizige Ziele. Die kommenden beiden Jahrzehnte wollen wir nutzen, um den Krebs zu
123 besiegen.

124 Politik muss die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, um sie für den digitalen Wandel fit zu
125 machen. Dies beginnt in der Schule, geht weiter über Ausbildung und Studium und betrifft das
126 gesamte Arbeitsleben. Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen für selbstbestimmtes zeit- und
127 ortsflexibles Arbeiten. Um diese im Interesse der Beschäftigten zu nutzen, wollen wir die Rechte
128 der Beschäftigten zur Bestimmung der Arbeitszeitlage und des Ortes verbessern. Die Ansätze für
129 neue Chancen müssen durch einen Rahmen zur Stärkung der digitalen Akzeptanz flankiert
130 werden. Hierfür wollen wir den Schutz der Beschäftigten und die soziale Sicherung an das digitale
131 Zeitalter anpassen.

132 **Mehr Souveränität für die Beschäftigten**

133 Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität
134 zu ermöglichen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr
135 Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten
136 bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht
137 entgegenstehen. Wir wollen daher in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen
138 ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten,
139 finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung
140 betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein erster Schritt ist hierbei das im
141 Koalitionsvertrag verankerte Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere
142 Arbeitszeit zurückzukehren.

143 Anstrengungen der Sozialpartner, Familienzeitmodelle und Arbeitszeitverkürzung für
144 Weiterbildungen durch tarifvertraglich abgesicherte Zuschläge der Arbeitgeber attraktiver
145 auszugestalten, wollen wir durch steuerliche Freistellung der Zuschläge fördern.

146 Zu mehr Selbstbestimmung für die Beschäftigten gehört auch die Frage des Arbeitsorts. Wir
147 wollen daher mehr mobile Arbeit ermöglichen und diese rechtlich absichern. Deshalb begrüßen
148 wir, dass im Koalitionsvertrag die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für mobile Arbeit
149 vorgesehen ist. Dabei ist es unser Ziel, dass die Tarifparteien Vereinbarungen dazu treffen. Wir
150 halten an der Beweislastumkehr fest, Arbeitgeber sollen begründen müssen, wenn der Wunsch
151 nach mobiler Arbeit abgelehnt wird.

152 Wir wollen Langzeitkonten für Beschäftigte und Betriebe attraktiver machen. Dabei wollen wir
153 erreichen, dass Langzeitkonten in verstärktem Maße betriebsübergreifend organisiert werden
154 können.

155 **Arbeitnehmerrechte und Arbeitnehmerschutz weiterentwickeln**

156 Wir wollen gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt. Deshalb wollen wir die betriebliche
157 Mitbestimmung ausweiten sowie Arbeitnehmerrechte und den Schutz der Beschäftigten auch in
158 der digitalen Arbeitswelt sicherstellen. Notwendig ist Vertrauen durch Mitbestimmung und
159 Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen insbesondere auch bei der
160 Einführung neuer digitaler Technologien. Die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehene
161 Stärkung des Vorstands-Initiativrechts für Betriebsräte bei der betrieblichen Weiterbildung
162 begrüßen wir.

163 Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Vorgaben zum Schutz vor Überforderung weiter
164 nötig. Wir wollen eine Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen, um Belastungen,
165 die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen.

166 Um den Herausforderungen der Digitalisierung im Bereich des Arbeitsschutzes gerecht zu werden,
167 wollen wir das Arbeitsschutzrecht um verbindlichere Regelungen erweitern. Dies betrifft
168 besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen.

169 Im Zuge der Digitalisierung kommt es zu erhöhten Gefährdungen des Persönlichkeitsrechts von
170 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Big Data, Überwachungssoftware und Scoring-
171 Verfahren. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben,
172 den Beschäftigtendatenschutz zu regeln.

173 **Neue Beschäftigungsformen brauchen soziale Sicherheit**

174 Im digitalen Wandel von Wirtschaft und Arbeit beobachten wir eine zunehmende Mobilität und
175 damit Unabhängigkeit der Arbeitsleistung von Ort und Zeit. Dies ist verbunden mit einer
176 wachsenden Diversifizierung von Erwerbs- und Beschäftigungsformen durch neue
177 Geschäftsmodelle, z.B. auf Plattformen. Mit diesen Entwicklungen sind persönliche Freiheiten,
178 aber auch neue Unsicherheiten verbunden. Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsformen, mehr (Solo-)
179 Selbstständigkeit und neue Formen der Selbstständigkeit machen es notwendig, unser System
180 von Mitbestimmung, Arbeitsschutz und sozialer Sicherung so weiterzuentwickeln, dass sie
181 Freiheit und Sicherheit auch in einer digitalen Arbeitswelt im Interesse der Arbeitenden
182 miteinander verbinden.

183 Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir diese in die gesetzlichen
184 Sozialversicherungen einbeziehen. Selbstständige, die bisher in keinem solidarischen System
185 pflichtversichert sind, wollen wir die in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Im
186 Gegenzug wollen wir den Mindestbeitrag für Selbstständige in der gesetzlichen Kranken-
187 versicherung reduzieren und die Beitragsbemessung wie bei den abhängig Beschäftigten
188 einkommensabhängig ausgestalten. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen sind
189 erste wichtige Schritte auf diesem Weg.

190 Wir halten an unserem Ziel einer Erwerbstätigenversicherung für die Rente und einer
191 solidarischen Bürgerversicherung für die Krankenversicherung fest.

192 Auch den Zugang von Selbstständigen zu Leistungen der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung
193 wollen wir erweitern. Insbesondere wollen wir auch ihnen ein Angebot im Bereich der
194 Weiterbildungsberatung machen. Die jetzige Leistungsbemessung bei Selbstständigen anhand
195 von Qualifikationsklassen wollen wir durch eine Beitrags- und damit Einkommensbezogene
196 Leistungsgewährung im Fall der Arbeitslosigkeit ersetzen. Langfristig wollen wir Selbstständige
197 verpflichtend in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung einbeziehen.

198 Eine besondere Herausforderung stellen plattformvermittelte Dienstleistungen und
199 Crowdfunding dar. Wir wollen prüfen, in welcher Weise diese in das Arbeitsverhältnis- und
200 Sozialrecht einbezogen werden können. Zudem wollen wir die individuelle und gemeinsame
201 Interessenwahrnehmung gegenüber Auftraggebern stärken und hierbei bestehende
202 kartellrechtliche Hürden abbauen.

203 **Die „digitale Rendite“ gerecht verteilen**

204 Die Digitalisierung verspricht für die kommenden Jahre und Jahrzehnte technologiegetriebene,
205 riesige Produktivitätsfortschritte in unserer Volkswirtschaft, wenn konsequent die richtigen
206 Rahmenbedingungen dafür realisiert werden. Wir wollen als Sozialdemokratie dafür Sorge tragen,
207 dass die Erträge aus den Produktivitätsvorsprüngen durch die Digitalisierung und damit die
208 verbleibende bezahlte Arbeitszeit gerecht verteilt werden. Über gute Löhne wollen wir die
209 Beschäftigten an der digitalen Rendite beteiligen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den
210 Gewerkschaften die Tarifbindung stärken und Anreize für eine höhere Tarifbindung setzen. Eine
211 älter werdende Gesellschaft braucht gute soziale Dienstleistungen in Kinderbetreuung, Schule,
212 Integration, Alltagsbegleitung und Pflege. Die digitale Rendite muss dahin gehen, wo wir bisher zu
213 wenige Ressourcen haben – zum Beispiel in die Bildung und das Gesundheitswesen. Hier
214 brauchen wir nicht nur mehr Arbeit, sondern vor allem auch gut bezahlte Arbeit und gute
215 Arbeitsbedingungen. Wenn der durch die Digitalisierung der Arbeit erwirtschaftete Reichtum
216 nicht gerecht verteilt wird, bekommen wir massenhaft gering bezahlte Arbeit.

217 Arbeit bleibt für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Bedingungslose
218 Grundeinkommensmodelle können daher keine Antwort auf die digitale Arbeitsgesellschaft sein.
219 Die öffentliche Debatte darum zeigt aber das große Bedürfnis an sozialer Absicherung in einer sich
220 rasant verändernden Zeit. Deshalb scheuen wir diese Debatte nicht. Gerade in Zeiten des Wandels
221 braucht es eine Neubegründung des Sozialstaats, der allen Menschen Sicherheit und eine positive
222 Zukunftsperspektive gibt.

223 **Eine sozial verantwortliche Unternehmenskultur für die Digitalisierung**

224 Wir wollen bei den Unternehmensgründungen im Informations- und Telekommunikationstechnik
225 (IKT) Sektor eine Kultur der zweiten Chance wesentlich stärker fördern. Hier ändern sich Märkte
226 ausgesprochen schnell, Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Die Gesellschaft muss

227 verstehen, dass Unternehmertum gerade zu Beginn aus Ausprobieren, Versuchen, Wagen, Lernen
228 und Testen besteht. Dies kann gelegentliches Scheitern beinhalten.

229 Wir wollen internationalen Fachkräften und insbesondere Gründerinnen und Gründern den Start
230 in Deutschland so einfach und attraktiv wie möglich gestalten und daher gemeinsam mit Ländern
231 und der Wirtschaft deutschlandweit „Welcome Centers“ unterstützen. Diese sollen als one-stop-
232 service Fragen und Behördengänge unter einem Dach klären. Zusätzlich sollen sie bei der
233 Jobvermittlung der Partnerinnen und Partner von internationalen Fachkräften unterstützen, eine
234 der wichtigsten Fragestellungen für die Annahme eines Jobangebotes in Deutschland.

235 **Digitaler Wandel in Baden-Württemberg: Die Landesregierung muss in Beschäftigung,** 236 **Bildung und Mittelstand investieren**

237 Baden-Württemberg befindet in einer guten Ausgangslage, um an den großen Potenzialen der
238 Digitalisierung zu partizipieren. Keine andere Region vereint dafür so viele wichtige
239 Voraussetzungen: Dazu zählen einerseits die Digital- und Produktionskompetenz in
240 Schlüsselbranchen wie dem Maschinen- und Anlagenbau, der Elektrotechnik, dem Fahrzeugbau
241 und der Informations- und Telekommunikationstechnik (IKT), die in unserem Land knapp eine
242 Million Arbeitsplätze und über 200 Milliarden Euro Umsatz stellen, und andererseits die
243 hervorragend qualifizierten Auszubildenden und Beschäftigten in den Betrieben.

244 Wir brauchen eine wache Landesregierung, um auf Basis dieses Potenzials die Weichen für die
245 Zukunft Baden-Württembergs zu stellen. Wir erwarten eine Qualifizierungsoffensive, die vom
246 Land Baden-Württemberg angestoßen, begleitet und finanziell gefördert wird. Wir unterstützen
247 die Forderung der SPD-Landtagsfraktion, auf Landesebene einen mit zehn Millionen Euro
248 dotierten Weiterbildungsfonds einzurichten, der im Rahmen einer Komplementärfinanzierung
249 zwischen Land und Unternehmen Weiterbildungsformate fördert. Dabei muss es insbesondere
250 auch darum gehen, die Weiterbildung Geringqualifizierter verstärkt in den Blick zu nehmen.

251 Die Grundlage für die moderne Arbeitswelt wird an unseren Schulen geschaffen. Investitionen in
252 digitale Bildung, eine der zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes, dürfen nicht durch die
253 zögerliche Politik der Landesregierung verhindert werden. Die SPD Baden-Württemberg will die
254 Vermittlung von Medienkompetenz, technischen Grundkenntnissen und Informatik zum
255 elementaren Bildungsbestandteil an unseren Schulen und Berufsschulen machen und so unsere
256 Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen von heute und morgen vorbereiten und eine
257 Voraussetzung schaffen, qualifizierte Fachkräfte auszubilden, die für die Zukunftsfähigkeit
258 unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft entscheidend sind.

259

260 Wir sind überzeugt von der Idee, für Beschäftigte ein individuelles Chancenkonto zur
261 Weiterbildung und beruflichen Entwicklung einzurichten. Wir begrüßen deshalb, dass im
262 Koalitionsvertrag auf Bundesebene die Grundlage für die Erprobung des Chancenkontos gelegt
263 wird. Wir streben auf Landesebene an, in einer räumlich noch zu definierenden baden-
264 württembergischen Modellregion das Konzept eines „Chancenkontos“ für Erwerbstätige unter

265 Realbedingungen zu erproben. Ein solches Konto könnte die Motivation, Weiterentwicklungen im
266 Berufsleben aktiv in die Hand zu nehmen, erhöhen.

267 Ungeachtet dessen muss die Grün-Schwarze Landesregierung ihre Angriffe auf das Bildungszeit-
268 gesetz einstellen und stattdessen verstärkt auf die Möglichkeiten der Bildungszeit hinweisen, um
269 dann – wie ursprünglich geplant – nach vier Jahren eine Evaluation vorzunehmen.

270 Für die SPD Baden-Württemberg ist es ein zentrales Anliegen, dass das Land Baden-Württemberg
271 kleinere und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung der anstehenden
272 Transformationsprozesse durch eine offensivere Industrie- und Strukturpolitik unterstützt.

273 Wir fordern die Einrichtung einer Landes-Innovationsagentur, die Unternehmen mit
274 Modernisierungsbedarf und anstehenden Erneuerungsprozessen unterstützt und Hürden zur
275 Innovation abmildert. Kleinere und mittlere Unternehmen, die infolge des technologischen
276 Wandels Gefahr laufen, disruptive Prozesse nicht alleine bewältigen zu können bzw. nicht in der
277 Lage sind, die dafür erforderlichen Investitionen aus eigenen Finanzmitteln zu stemmen, sollen
278 vom Land Baden-Württemberg auf diesem Wege eine niederschwellige und unbürokratische
279 Beratung bzw. weitergehende Unterstützung erhalten, damit sie die Transformation erfolgreich
280 meistern können. Hier bieten sich Genossenschaftsmodelle an, um gemeinsame Aufgaben für
281 Betriebe zu übernehmen und unternehmensübergreifende Lösungen zu entwickeln.

282 Gleichzeitig müssen alle Regionen im Land gleichermaßen an den Errungenschaften und
283 Beteiligungsmöglichkeiten der Digitalen Revolution teilhaben können. Wir wollen einen
284 glasfasergebundenen, flächendeckenden Internet-Breitband-Ausbau von mindestens 100 Mbit/s.
285 Das Grundrecht auf Breitband und auf Netzneutralität sind große Ziele, der Breitbandausbau
286 dafür die technische Grundlage. Ohne Netz gibt es keinen Fortschritt bei der Digitalisierung.

287 **Herausforderungen des digitalen Wandels gemeinsam meistern**

288 Die SPD Baden-Württemberg nimmt die Herausforderungen des digitalen Wandels mutig an und
289 steht fest an der Seite der Betriebe und Beschäftigten im Land. Wir stellen den Menschen in den
290 Mittelpunkt der Arbeitswelt 4.0, die wir als Partei der Arbeit und des Fortschritts in den nächsten
291 Jahren gemeinsam gestalten werden.